

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Montag, 02.11.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:57 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Mecklenburg, Rico

für Elfriede Meyer

Meinen, Regina

Meyer, Lina

für Enno Scheffel

CDU-Fraktion

Risius, Andrea

FDP-Fraktion

Fooken, Ralf

(bis 18:47 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Renken, Bernd

für Walter Schild

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

für Stephan-Gerhard Koziolik

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Erb, Martin

Grix, Wilhelm

Jacobs, Marion

Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter

Ludolph-Dawe, Karin

Ouedraogo, Abdou

Reibe, Ulf

Sprengelmeyer, Thomas

Wilts, Elfriede

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

(bis 18:25 Uhr)

von der Verwaltung

Frein, Markus

Lücht, Richard

Ubben, Wolfgang

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gast

Eckard, Rolf

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung eines stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes gem. § 28 NGO

Frau Grix nimmt die Verpflichtung des stimmberechtigten sonstigen Mitglieds Martin Erb gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer bittet darum, den TOP 10 vor TOP 8 zu behandeln, um dem Gast ein früheres Gehen zu ermöglichen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.09.2009

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.09.2009 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Sterrenberg erklärt, er sei der stellvertretende Vorsitzende vom Elternbeirat der Kindertagesstätte Schwabenstraße. Ihm sei wichtig, dass der Tagesordnungspunkt 7 heute besprochen werde.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Vereinbarung zur Sicherstellung des Schutzauftrages gemäß § 8a SGB sowie §72a SGB VIII mit der Ifi Initiative für Intensivpädagogik gGmbH"
Vorlage: 15/1371

Herr Lücht erläutert die Vorlage ausführlich. Abschließend erklärt er, es werde vorgeschlagen, die Vereinbarung in dieser Form zu schließen, die damit als Grundlage für weitere Verhandlungen mit übrigen Einrichtungen diene.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mecklenburg bedankt sich ebenfalls für die Erläuterungen. Er bemerkt, es sei auch der Wille des Jugendhilfeausschusses, die bestehenden gesetzlichen Regelungen soweit auszufüllen, dass ein größtmöglicher Schutz und eine Verminderung der Gefährdung von Kindern gewährleistet werde. Insofern stimme seine Fraktion dieser Vorlage zu. Zwar werde es nie eine hundertprozentige Sicherheit geben können, doch sei man mit dieser Vereinbarung ein ganzes Stück weiter.

Herr Renken stellt fest, mit dieser Vereinbarung reagiere man auf gesetzliche Vorschriften, die 2005 in Kraft getreten seien. Aufgrund schrecklicher Taten im Bereich Kindesmisshandlung und –vernachlässigung sei dieses Thema heftig in der Öffentlichkeit diskutiert worden, diese Nachwirkungen hätten auch in den Fachbereich der Stadt Emden hineingereicht. Seinerzeit habe ein Gespräch mit dem Fachbereichsleiter stattgefunden bezüglich der Umsetzung des § 8 a SGB. Er sei ein wenig verwundert darüber, dass es über drei Jahre gedauert habe, bis in Emden eine erste Vereinbarung zustande gekommen sei. Auch müsse ein besonderer Schwerpunkt darin liegen, dass die Kindertageseinrichtungen mit einbezogen werden müssten. Hierbei spiele auch eine Rolle, dass entsprechende Fachkräfte in den Kindertagesstätten vorhanden seien, die über die notwendigen Qualifikationen verfügten. Er appelliert, möglichst zügig mit den Einrichtungen in Emden Vereinbarungen abzuschließen. Das Thema sei einfach zu wichtig. Die Problematik der Kindervernachlässigung und die Aufrechterhaltung des Kindeswohls sei eine außerordentliche Aufgabe, die über diesen Ausschuss gesichert werden sollte.

Herr Sprengelmeyer erklärt, der Fachbereich habe sich sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt und wolle nunmehr Vereinbarungen treffen, die auch ein Stück weit mit Leben gefüllt würden. Der Zeitplan würde vorsehen, wenn der Bereich der professionellen Träger abgeschlossen sei, im Bereich der ambulanten Maßnahmen weiterzumachen, um dann über die Kindertagesstätten und Schulen in die Bereiche freien Träger der Jugendarbeit hineinzugehen. Hier solle nicht nur eine Vereinbarung getroffen, sondern auch darüber diskutiert werden, wo Kindeswohl anfangs und wann es gefährdet sei. Mit dieser Vorlage habe man eine hervorragende Grundlage für die Diskussion und eine zeitnahe Umsetzung geschaffen.

Beschluss: Die der Vorlage 15/1371 als Anlage beigefügte Vereinbarung zur Sicherstellung des Schutzauftrages nach § 8a sowie § 72a SGB VIII zwischen dem Jugendamt Emden und dem Träger Ifi Initiative für Intensivpädagogik gGmbH wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 7 Verpflegungssituation Kita Schwabenstraße/ Beschäftigung einer Küchenfachkraft für ein Jahr
Vorlage: 15/1370

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Verwaltung möchte an dieser Stelle einen Änderungsbeschluss einbringen mit dem Wortlaut: „Die in der Kita Schwabenstraße eingesetzte Küchenfachkraft wird bis zum Ende des Kindergartenjahres 2009/2010 weiter beschäftigt.“ Der Hintergrund der Beschränkung sei die Einbringung des Ernährungs- und Verpflegungskonzeptes. Hier müsse dann neu entschieden werden, wie insgesamt mit der Situation weiter umgegangen werde.

Herr Ubben ergänzt, die vorliegende Beschlussvorlage diene dazu, den Rat über den aktuellen Sachstand aus Sicht der Verwaltung zu informieren. Weiter führt er aus, man habe es sich nicht leicht gemacht, denn gerade eine richtige ausgewogene Ernährung sei auch mit der Kenntnis über Nahrungsmittel für Kinder enorm wichtig. Die Arbeit und der Einsatz der Küchenfachkraft in der Kindertagesstätte Schwabenstraße seien durchweg als gut zu bezeichnen und werde grundsätzlich inhaltlich befürwortet. Herr Ubben betont, dass es sich hierbei zunächst um ein Projekt gehandelt habe, welches auf ein Jahr befristet gewesen sei. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation habe Herr Lutz ganz eindeutig darauf hingewiesen, dass sich die finanzielle Situation in den nächsten Jahren bei der Stadt Emden verschlechtern werde. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung ursprünglich den Vorschlag unterbreitet, die Küchenfachkraft nicht weiter zu beschäftigen. Allerdings habe man auch sehr genau die Reaktion in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, sich dafür auszusprechen, die Küchenfachkraft bis zur Vorlage des Ernährungs- und Verpflegungskonzeptes weiter zu beschäftigen.

Herr Mecklenburg beanstandet die unterschiedlichen Fassungen dieser Beschlussvorlage. So beinhalte die Vorlage aus dem Internet einen anderen Beschluss als die Vorlage in Papierform. Wenn jetzt die Beschlüsse immer verglichen werden müssten, dann werde es kritisch.

Hinsichtlich der Weiterbeschäftigung der Küchenfachkraft betont Herr Mecklenburg, seine Fraktion habe schon mehrfach deutlich gemacht, sie sei grundsätzlich dagegen, dass im Bereich Kinder und Jugend gespart werde. Für die SPD-Fraktion würden Kinder, Jugendliche und Bildung ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Wenn man auf das letzte Jahr zurückblicke, dann könne man feststellen, dass Rat und Verwaltung immer große Schwierigkeiten miteinander gehabt hätten, wenn es um diese Themen gegangen sei. Seine Fraktion wolle in diesem Bereich keine Streichungen und Kürzungen. Für die Betroffenen sei es eine unmögliche Situation, wenn sie nicht wüssten, wie es weitergehe. Auch wolle man nicht, dass eine weitere Befristung in die Vorlage geschrieben werde, ansonsten diskutiere man im Frühjahr erneut darüber. Er wolle einen Beschlusstext, der beinhalte, dass eine Weiterbeschäftigung über den 31.12.2009 hinausgehe bis zum Zeitpunkt eines Verpflegungskonzeptes, welches gleichwertig sei.

Frau Meinen erklärt, die SPD-Fraktion stelle den Antrag auf Änderung des Beschlusses und beantrage eine Weiterbeschäftigung einer Küchenkraft ab dem 01.01.2010. Weiterhin wolle man eine Nachhaltigkeit, welche im Ernährungskonzept hoffentlich auch so entwickelt werde.

Frau Risius führt aus, die CDU-Fraktion könne sich dem anschließen. Auch sie finde es sehr wichtig, dass die Küchenkraft weiter beschäftigt werde, bis das Ernährungskonzept vorliegen würde. Ihrer Ansicht nach habe man sich damals einstimmig im Jugendhilfeausschuss dafür ausgesprochen.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Fooken betont, auch die FDP-Fraktion werde diesen Antrag unterstützen. Sie habe die Initiative mit ergriffen, dass es zu einer solchen Stellenbesetzung gekommen sei. Insofern habe man auch kein Verständnis für die nun vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Grix teilt mit, im Jugendhilfeausschuss habe man schon mehrfach über Anträge diskutiert, die auf den nächsten Haushalt Auswirkungen haben sollten. Er halte das Vorgehen der Verwaltung in diesem Fall für nicht in Ordnung. Dass das Geld nicht vorhanden sei, habe man nicht kurzfristig festgestellt. Seiner Meinung nach lasse die Verwaltung den Rat entscheiden, damit sie nicht die Verantwortung habe. Der Jugendhilfeausschuss habe bereits vor zwei Jahren darauf gedrungen, dass in den Kindertagesstätten und in den Schule eine kindgerechte gesunde Ernährung angeboten werde. Darum habe der Rat auch beschlossen, dass ein Ernährungskonzept entwickelt werden sollte. Zwar werde dieses Konzept zurzeit erstellt, er sei aber nicht davon überzeugt, dass es bis zum Sommer nächsten Jahres fertig sein werde. Er hoffe, dass die Erfahrungen, die in der Schwabenstraße mit dem Koch gemacht würden, in das Ernährungskonzept einfließen könnten, damit man ein für die Kindergärten und Schulen vernünftiges Konzept für gesunde Ernährung und gesunde Bewegung finde.

Herr Lutz führt bezüglich der unterschiedlichen Beschlussvorlagen aus, dass es sich hierbei um einen Fehler handeln würde, für den er sich entschuldige. Im Hinblick auf den Beschluss schlägt Herr Lutz vor, den Text soweit zu übernehmen und die Küchenfachkraft bis zum Vorliegen des Ernährungskonzeptes weiter zu beschäftigen. Letztendlich wollten Rat und Verwaltung ein ausgewogenes und ordentliches Ernährungsangebot für die Kinder. Man rede hier über 1.000 bis 3.000 Essen am Tag und das lasse sich auch nicht mit einer Stelle realisieren. Seines Erachtens sei der Einsatz von einzelnen Küchenkräften in jedem einzelnen Kindergarten nicht unbedingt die optimale Lösung. Man müsse eine andere Lösung finden. Er sei fest davon überzeugt, dass dieses gelingen werde. Er rät dringend davon ab, diese Küchenfachkraft unbefristet weiter zu beschäftigen, denn man könne nicht sagen, ob sie tatsächlich dann noch benötigt werde.

Herr Lutz bemerkt, in den Fachausschüssen, in denen er über den Haushalt spreche, werde stets die Aussage getroffen, dass in den Bereichen nicht gespart werde dürfe. Wenn aber an jedem Euro zehn Cent fehlen würden, dann müsse man sich schlicht und ergreifend überlegen, ob man entweder die Einnahmen erhöhen oder die Ausgabe reduzieren wolle.

Herr Graf erklärt, er stimme den Ausführungen von Herrn Mecklenburg zu und gibt zu bedenken, dass Kinder das oberste Gut seien. Dieses müsse gefördert werden und wenn es am Essen fehle, lasse sich keine gute Erziehung gestalten.

Herr Renken stellt fest, auch seine Fraktion stimme der Änderung zu. Er erinnert an einen Brief der Leiterinnen der Kindertagesstätte, in dem sie auf die schlechte Ernährungs- und Verpflegungssituation in den Kindertagesstätten hingewiesen hatten. Dieses sei auch der Anlass gewesen, dass der Rat die Verwaltung beauftragt hatte, ein Ernährungs- und Verpflegungskonzept zu entwickeln, sodass eine positive Änderung dieser unbefriedigenden Situation an den Kindertagesstätten und Schulen eintrete. Auf der anderen Seite wolle man durch einzelne Maßnahmen absichern, dass schon etwas beginnen könne. Das sei auch der Ansatz gewesen, die Küchenfachkraft in der Kita Schwabenstraße einzustellen. Daran dürfe auch nichts geändert werden, bevor nicht ein alternatives Konzept auf dem Tisch liegen würde. Alles andere wäre auch ein Bruch von Versprechen, die im Rat gemacht worden seien. Aus diesem Grunde sehe er den ursprünglichen Antrag der Verwaltung als Unart. Im Übrigen vermisse er bei der Verwaltung ein Gesamtkonzept, wie tatsächlich die Defizite im Haushalt angegangen würden. Abschließend stellt Herr Renken fest, mit der neuen Vorlage würde zumindest erst einmal Zeit gewonnen werden. Es sei ein ganz wichtiges Signal, auch in einer schwierigen Haushaltsituation seine Versprechungen einzuhalten.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Ouedraogo zeigt sich erfreut darüber, dass alle Fraktionen sich hier einig seien. Seiner Meinung würde man ansonsten an einer falschen Stelle sparen. Es müsse eine Lösung gefunden werden.

Herr Mecklenburg fragt sich, wie die ursprüngliche Beschlussvorlage zustande gekommen sei. Zwar sei heute kräftig zurückgerudert worden, aber dennoch sei diese Vorlage von der Verwaltung gekommen. Er stellt fest, dass in der jüngsten Vergangenheit von der Verwaltung gemauert werde, wie z. B. beim Thema Gesamtschule oder auch beim Jugendtreff Wybelsum. Aber auch die 10 %ige Haushaltssperre im Bereich der Schulbudgets sei von der Mehrheit im Rat nicht gewollt. Von der Verwaltung würden dem Rat ständig Dinge in den Weg gelegt, die zunächst nur mühsam wegzuschaffen seien.

Weiter führt Herr Mecklenburg aus, man wolle auch nicht, dass die Küchenfachkraft nur bis zum Verpflegungs- und Ernährungskonzept weiter beschäftigt werde, sondern bis zur Umsetzung. Er schlägt vor, folgenden Beschluss zu formulieren. „Die in der Kita Schwabenstraße eingesetzte Küchenfachkraft wird über den 31.12.2009 hinaus bis zur Umsetzung des noch zu beschließenden Ernährungs- und Verpflegungskonzeptes weiter beschäftigt.“

Herr Lutz erklärt, man müsse sich darüber unterhalten, ob und wie man tatsächlich mit dem knapper werdenden Geld auskommen wolle. In den nächsten vier Jahren würden 50 Mio. € fehlen. Wenn man sich darüber keine Gedanken mache, stehe man irgendwann vor einem Scherbenhaufen. Die Kinder, über deren gute Ernährung man sich im Moment unterhalte, müssten dann diese Schulden bezahlen. Seiner Meinung nach dürfe dieses nicht sein.

Herr Lutz bemerkt, gegen die Formulierung hinsichtlich der Weiterbeschäftigung der Küchenfachkraft bis zur Umsetzung des Konzeptes habe er nichts einzuwenden. Denn auch die Verwaltung wolle eine ordentliche Essensversorgung sicherstellen.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, bei dem Tagesordnungspunkt 9 „Integrierte Jugendhilfe und Bildungsplanung“ werde thematisiert, dass es Grundstandards gäbe, die gesichert sein müssten, bevor man sich über irgendwelche andere Dinge wie Bildung unterhalte. Es müsse das Kindeswohl und die Gesundheit gesichert sein. Dieses würde sich im Rahmen des Verpflegungskonzeptes widerspiegeln.

Herr Fooken erklärt, es sei festzustellen, dass alle sich einig seien, dass an Kindern nicht gespart werden dürfe. Auch müsse man sich darüber im Klaren sein, dass jeder Euro, der heute möglicherweise gespart werde, in Zukunft wesentlich mehr kosten könne. Abschließend schlägt Herr Fooken vor, dass sich die Elternschaft der Kita Schwabenstraße in Eigeninitiative einbringen würde, um die Kochkraft dann anderenorts einzusetzen.

Frau Grix stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen würden und bittet Herrn Sprengelmeyer, den Antrag der SPD-Fraktion in den Beschluss einzuarbeiten.

Herr Sprengelmeyer verliest den abweichenden Beschluss: „Die in der Kita Schwabenstraße eingesetzte Küchenfachkraft wird über den 31.12.2009 hinaus bis zur Umsetzung des noch zu beschließenden Ernährungs- und Verpflegungskonzeptes weiter beschäftigt. Im Haushaltsjahr 2010 werden die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.“

Hinsichtlich der Zurverfügungstellung der finanziellen Mittel erfolgt eine kurze Diskussion. Abschließend einigen sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses darauf, diesen Satz wegzulassen.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Abweichender

Beschluss:

Die in der Kita Schwabenstraße eingesetzte Küchenfachkraft wird über den 31.12.2009 hinaus bis zur Umsetzung des noch zu beschließenden Ernährungs- und Verpflegungskonzeptes weiter beschäftigt.

Ergebnis:

einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8

Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für das Jahr 2008

Vorlage: 15/1368

Ergebnis:

Vertagt

TOP 9

Integrierte Jugendhilfe- und Bildungsplanung;
- Konzeptvorstellung FB 600 -

Vorlage: 15/1372

Ergebnis:

Vertagt

TOP 10

Täter-Opfer-Ausgleich

Vorlage: 15/1373

Herr Eckard gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation aktuelle Informationen über die Situation im Täter-Opfer-Ausgleich. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Fooker bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Seiner Meinung nach seien die Fallzahlen eigentlich beschämend, da sie ein Ausdruck der heutigen Gesellschaftsstruktur seien. Er fragt an, wie die Rückfallquote eines Täters sei, der im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs bestraft worden sei.

Herr Eckard erklärt, es werde über jeden Fall eine Akte bei der Staatsanwaltschaft angelegt. Bei Wiederholungstaten finde eine Mediation nicht statt. Gerade auch bei Gewalttätigkeiten werde immer darauf hingewiesen, dass eine Wiederholung zwangsläufig zur Wiederaufnahme des gesamten Verfahrens führe.

Herr Renken führt aus, man könne nicht sagen, dass diese enorme Steigerung in den letzten Jahren Ausdruck einer unbedingten Zunahme von Gewalt seien. Seiner Meinung nach würde es daran liegen, dass die Staatsanwaltschaften heute anderes damit umgehen würden als noch vor wenigen Jahren. Das Instrument Täter-Opfer-Ausgleich habe sich bewährt, sodass auch ein höherer Anteil dorthin verwiesen werde, zumal es auch eine bessere und kostengünstigere Lösung sei als eine bloße Abstrafung.

Herr Renken fragt an, wie sich die Fallzahlen auf die Gebietskörperschaften Emden, Leer und Aurich verteilen würden und wie es sich mit den Einnahmen aus diesen drei Gebietskörperschaften verhalte. Weiter bittet er um Auskunft, mit welcher Summe sich die beiden anderen

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gebietskörperschaften am Täter-Opfer-Ausgleich beteiligten würden. Abschließend erkundigt er sich, ob auch dort bereits eine Vorstellung stattgefunden habe und wie die Reaktionen darauf gewesen sei.

Herr Eckard erklärt, es sei recht kompliziert, eine Statistik nach den einzelnen Regionen darzustellen. Seiner Ansicht nach müsste der Anteil der Emdrer Fälle zwischen 30 bis 35 % liegen. Die Bußgeldeingänge kämen aus der ganzen Region, da der Täter-Opfer-Ausgleich auch für die Landkreise Leer und Aurich zuständig sei. Die letzten großen Bußgeldeingänge seien aus den beiden großen Landkreisen gekommen. Aber auch das Emdrer Amtsgericht würde den Täter-Opfer-Ausgleich sehr aktiv unterstützen. Herr Eckard weist darauf hin, dass die Bußgeldzahlungen in der Regel abgestottert würden. Durch diese Kleinbeträge habe man sehr viele Kontenbewegungen.

Herr Eckard fasst zusammen, im letzten Jahr habe der Täter-Opfer-Ausgleich 42.000 € bekommen. In diesem Jahr läge man schon bei 53.000 €. Eine Unterstützung seitens der Gerichte sei zu spüren. Doch reiche dieses für eine vollständige Deckung nicht aus.

Herr Sprengelmeyer erklärt, seiner Meinung nach zweifle niemand die Sinnhaftigkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs an. Von daher sei es ihm völlig schleierhaft, wie die Finanzierung des Täter-Opfer-Ausgleichs von der Zufälligkeit abhängig gemacht werde, dass Gerichte hier Zuweisungen machen würden. So könne auch keine Personalpolitik betrieben werden. Zumal der Täter-Opfer-Ausgleich davon abhängig sei, dass qualifiziertes Personal vorgehalten werden müsse. Er werde noch einmal mit den umliegenden Landkreisen und dem Land Niedersachsen den Kontakt suchen und über etwas langfristige Finanzierungsmodelle sprechen. Abschließend weist er darauf hin, dass die Stadt Emden von den beteiligten Kommunen den größten Anteil trage.

Herr Grix hält es ebenso für wichtig, auch mit den leitenden Richtern an den einzelnen Gerichten zu reden, denn diese würden durch den Täter-Opfer-Ausgleich erheblich entlastet. Zudem müsse man bedenken, dass die Bußgelder der Landgerichte von vornherein höher seien. Er halte es für wichtig, dass alle Einrichtungen Zuweisungen bekämen.

Herr Eckard bemerkt, im nächsten Jahr werde man verstärkt in die Ausbildung von ehrenamtlichen Mediatoren einsteigen und Seminare anbieten, sodass sich Personen auf ehrenamtlicher Basis oder Honorarbasis qualifizieren und somit auch Mediationen im Täter-Opfer-Ausgleich durchführen könnten. Dieses führe zu einer Entlastung. Das Problem sei auch, dass der Täter-Opfer-Ausgleich in Emden mit größeren Städten wie Oldenburg und Hannover verglichen werde. Dort sei das ehrenamtliche Engagement erheblich größer. Mediationen würden ganz wesentlich vom ehrenamtlichen Element leben. Der Täter-Opfer-Ausgleich in Emden arbeite sehr erfolgreich und würde diese Arbeit auch gerne fortsetzen. Wenn man damit beginne, Fälle aufgrund fehlender Kapazitäten zurückzuweisen, würden zwangsläufig die Gerichte damit antworten, dass sie ihre Bußgeldzuweisungen zurückfahren. Das könne nicht die Lösung dieser Angelegenheit sein. Herr Eckard erklärt, er halte eine Mischung von Gesprächen mit den Staatsanwaltschaften und den Gerichten für förderlich und würde es begrüßen, wenn Herr Sprengelmeyer mit den anderen Kommunen in Ostfriesland diesbezüglich Kontakt aufnehmen würde.

Herr Graf bedankt sich für die aufklärenden Zahlen. Er bittet um Auskunft, aus welchen sozialen Verhältnissen die meisten Täter kämen.

Herr Eckard entgegnet, dieses könne nicht genau gesagt werden, da hierüber keine Erhebungen vorlägen. Festzustellen sei jedoch, dass sich der Anteil jugendlichen Straftätern auf ca. 30 % belaufen würde.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Meinen fragt an, ob der leicht zu verzeichnende Rückgang bei den Jugendlichen eventuell auf die Streitschlichter an den Schulen zurückzuführen sei.

Herr Ouedraogo ist der Meinung, dass beim Täter-Opfer-Ausgleich die hauptberufliche Mediation überwiegen sollte, da der Erfolg natürlich auch in der Professionalität liegen würde.

Herr Mecklenburg führt aus, auf jeden Fall müsse man sich dafür aussprechen, dass die professionelle Arbeit weiter gesichert bleiben sollte. Es sei jedoch mit Erschrecken festzustellen, dass die Fallzahlen steigen würden. Auch sei davon auszugehen, dass bei den Gerichten ebenfalls ein Anstieg der Fälle zu verzeichnen sei. Obwohl Gewaltpräventionen in den Schulen angeboten werde, müsse man konstatieren, dass es eine zunehmende Gewaltbereitschaft gäbe.

Herr Renken stellt fest, man rede hier tatsächlich von einer Defiziterwartung von mehreren 10.000 €, die ohne weiteres weder allein von kommunaler Seite noch von Landesseite gestärkt werde. Er stimmt Herrn Sprengelmeyer zu, wenn dieser darauf hinweist, dass derzeit keine solide ausreichende Finanzierungsgrundlage vorliegen würde. Dieses würde auch voraussetzen, dass zwischen Staatsanwaltschaft und Richtern eine gemeinsame Vorgehensweise vorhanden sei. Seiner Meinung nach würde es daran mangeln. Angesichts der finanzpolitischen Situation bezweifle er auch, dass das Projekt höhere Zuschüsse vom Land bekommen werde. Herr Renken bittet darum, den Jugendhilfeausschuss über die tatsächliche Entwicklung zu informieren. Er halte es für sehr wichtig, ein abgestimmtes Verfahren zwischen den Gebietskörperschaften zu entwickeln. Abschließend fragt er an, inwieweit auch die öffentliche Jugendhilfe Vorteile von diesem Verfahren habe.

Herr Grix betont, es sei wichtig, dass hier Verfahrenswege abgekürzt würden, um schnellstmöglich zu einer Klärung zu kommen. Seiner Meinung nach sei festzustellen, dass die Statistik über Kriminalität in Ostfriesland nicht gestiegen sei. Insgesamt seien die Gerichte entlastet worden. Auch sei erkennbar, dass bei den Gerichten mittlerweile die Verfahren zeitnäher abgehandelt und eine schnellere Bearbeitung von Fehlverhalten von Jugendlichen und Erwachsenen erreicht werden könnten. Das sei seines Erachtens ein Zusammenschluss von den Gerichten, dem Täter-Opfer-Ausgleich, der Jugendgerichtshilfe, den Schiedsstellen, die miteinander arbeiten müssten.

Herr Eckard erklärt bezüglich der Streitschlichtung an Schulen, dieses sei ein ganz wichtiger Bereich. Seit dem Sommer werde in der Osterburgschule eine Streitschlichterausbildung für Schülermediatoren durchgeführt. Er sei gerne bereit, im nächsten Jahr über das Ergebnis dieses Projekts im Ausschuss zu berichten. Er weist darauf hin, dass es ein Problem sei, unter dem derzeitigen Bearbeitungsdruck noch zusätzliche Projekte voranzubringen.

Hinsichtlich der Aussage von Herrn Renken, dass es möglicherweise einen Mangel an der Zusammenarbeit zwischen den Staatsanwaltschaften und den Richtern geben würde, erklärt Herr Eckard, dieses glaube er nicht. Es sei ein ganz weites Feld, das von diesen Bußgeldern abgedeckt werde und die einzelnen Richter müssten sich überlegen, wie sie sich den Anforderungen verschiedener Träger stellen müssten. Auch müsste es im Interesse aller Beteiligten liegen, dass das Projekt weiter fortgeführt werde.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, im ersten Quartal 2010 werde ein Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss behandelt, der sich mit dem Thema Jugendkriminalität befasse.

Weiter schlägt er vor, den TOP 9 „Integrierte Jugendhilfe und Bildungsplanung“ in der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung zu behandeln, da aufgrund der fortgeschrittenen Zeit eine Behandlung in der heutigen Sitzung dem Thema nicht gerecht werde.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau L. Meyer schlägt vor, auch den TOP 8 „Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für das Jahr 2008“ in die nächste Sitzung zu verschieben.

Nach einer kurzen Diskussion hinsichtlich der Absetzung des TOP 8 „Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für das Jahr 2008“ und des TOP 9 „Integrierte Jugendhilfe- und Bildungsplanung – Konzeptvorstellung FB 600“ lässt Frau Grix über den Vorschlag abstimmen, beide Tagespunkte abzusetzen und in einer gesonderten Sitzung zu behandeln.

Dafür: 8	Dagegen: 0	Enthaltungen: 2
----------	------------	-----------------

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Personelle Veränderungen im Jugendzentrum Borssum

Herr Reibe teilt mit, zum 01.10.2009 sei Herr Matthias Bruns im Jugendzentrum Borssum unbefristet weiterbeschäftigt worden. Auch wolle man versuchen, die Stelle der dort ebenfalls beschäftigten Mitarbeiterin in ein Dauerarbeitsverhältnis auf Teilzeit umzuwandeln.

2. Jugendtreff Stadtteil Friesland

Herr Reibe erklärt, die Garagen in der Helgolandstraße, die von den Jugendlichen als Jugendtreff genutzt worden seien, habe das NLWKN in der 41. Woche abreißen lassen. Dieses Thema sei auch schon des Öfteren im Jugendhilfeausschuss behandelt worden. Da eine Elterninitiative die Jugendlichen unterstützt habe, sei nunmehr auch ein Gespräch mit dem Elternvertreter geführt worden, der mitteilte, dass der Jugendtreff im Moment von den Jugendlichen aus Friesland nicht mehr benötigt werde. Diese hätten sich mittlerweile anderen Jugendeinrichtungen zugewandt, sodass sie sich nicht mehr vor Ort treffen würden und somit auch kein Bedarf an einem Jugendtreff bestehe. An diesem Gespräch seien auch die Mitarbeiter des Jugendzentrums Borssum beteiligt gewesen. Somit habe man auch bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum Borssum Absprachen treffen können.

3. Projekt Familienhebammen

Herr Sprengelmeyer berichtet, das Projekt Familienhebammen werde nunmehr starten. Darüber sei bereits im Jugendhilfeausschuss berichtet worden. Dennoch müsse man eine Beschlussvorlage einbringen, um die Angelegenheit auch formell auf den Weg zu bringen.

4. Kinder- und Elternzentrum Wackelpeter e. V.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, es sei ein Schreiben des Kinder- und Elternzentrums Wackelpeter e. V. eingegangen, in dem er für das nächste Jahr eine Zuwendung in Höhe von 34.000 € beantragt habe. Bisher würde die Förderung bei 29.500 € liegen. Gleichzeitig sei auch mitgeteilt worden, dass der Wackelpeter im Hinblick auf die Finanzlage der Stadt Emden auf das beantragte Gehalt einer Erzieherin verzichtet wolle und hier in Verhandlungen mit der Arge sei, um eine personelle Abhilfe zu schaffen.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

5. Jugendhilfeausschuss-Sitzung

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass die Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 24.11.2009 aufgrund einer Terminüberschneidung ausfallen müsse. Ein neuer Termin werde rechtzeitig bekanntgegeben.

TOP 12 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.